BSI

Bericht zur Lage der IT-Sicherheit

[12.11.2024] Die Bedrohungslage bliebt angespannt, die Resilienz gegen Cyberangriffe aber ist gestiegen. Das geht aus dem aktuellen Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland hervor, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nun vorgestellt hat.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat jetzt den aktuellen Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland veröffentlicht. Die Sicherheitslage im Cyberraum ist demnach weiterhin angespannt. Allerdings stellen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stärker als bisher auf die Bedrohungen ein und haben ihre Resilienz erhöht, heißt es vonseiten des BSI. Im Berichtszeitraum von Mitte 2023 bis Mitte 2024 wurden täglich durchschnittlich 309.000 neue Schadprogramm-Varianten bekannt – das entspricht einem Anstieg von 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dieser ist laut BSI insbesondere auf eine Zunahme von Schadprogramm-Varianten zurückzuführen, die Schwachstellen in 64-Bit-Varianten von Windows ausnutzen. Zudem legten Android-Schadprogramm-Varianten im Berichtszeitraum überdurchschnittlich zu.

Nach wie vor sind laut Bericht Ransomware-Angriffe eine große Herausforderung. Die Zahl der Opfer von Datenleaks nach solchen Angriffen sei erneut gestiegen. Gleichzeitig sei der Anteil der Ransomware-Opfer, die Lösegeld bezahlen, gesunken. Denn Betroffene, die über funktionierende Sicherungskopien ihrer Daten verfügen, sind nicht auf die Entschlüsselung ihrer Systeme durch die Angreifer angewiesen. Zudem gehen immer mehr Betroffene transparent mit Cyberangriffen um, was dazu beitrage, dass potenzielle Schwachstellen schneller geschlossen werden können.

Zunahme von DDoS-Angriffen

An Qualität und Häufigkeit haben außerdem so genannte Distributed-Denial-of-Service (DDoS)-Angriffe zugenommen. Der Anteil hochvoluminöser DDoS-Angriffe mit einer Bandbreite von über 10.000 Megabit pro Sekunde lag im ersten Halbjahr 2024 bei monatlich durchschnittlich 13 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie im langjährigen Durchschnitt mit 6,75 Prozent. Und auch der Datendiebstahl bleibt laut BSI ein Risiko. Neben bereits bekannten Phising-Kampagnen, die den Namen von Finanzinstituten missbrauchen, wurde im Berichtszeitraum eine Zunahme von Kampagnen mit dem Namen bekannter Streamingdienste registriert. An Bedeutung gewonnen hat laut Bericht auch die Cyberspionage zum Nachteil von Behörden, Parteien, politischen Institutionen und Unternehmen. „Aber: Wir sind den Bedrohungen nicht schutzlos ausgeliefert“, sagt BSI-Präsidentin Claudia Plattner. „Wir sehen deutlich: Die Schutzmaßnahmen wirken, und wir sind in der Lage, ihnen effektiv entgegenzutreten. Deshalb dürfen wir jetzt nicht nachlassen, sondern müssen in einer gesamtstaatlichen Anstrengung unsere Resilienz weiter erhöhen. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, die NIS2-Richtlinie schnellstmöglich in nationales Recht umzusetzen.“

Wahlen ohne nennenswerte Vorfälle

Ohne nennenswerte Cybersicherheitsvorfälle sind laut BSI die Europawahl, drei Landtagswahlen und neun Kommunalwahlen in Deutschland abgelaufen. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen finde derzeit eine

angepasste und situativ verstärkte Lagebeobachtung statt. Das BSI stehe in kontinuierlichem Austausch mit seinen Partnerbehörden und sei in die Strukturen der Bundesregierung zum Schutz von Wahlen eingebunden. Zudem unterstütze das BSI Wahlbehörden und politische Zielgruppen durch Beratungsangebote zur Sensibilisierung für Informationssicherheit.

„Wir müssen unsere Anstrengungen für mehr Cybersicherheit weiter hochfahren“, sagt Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst anlässlich des BSI-Jahresberichts. „Dazu gehört auch, dass wir digitale und analoge sowie innere und äußere Sicherheit viel stärker zusammen denken müssen. Dabei muss uns klar sein, dass Cyberangriffe weit über den digitalen Raum hinaus wirken und mittelbar zum Beispiel auch unsere medizinische Versorgung, unsere Energienetze oder die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungen betreffen.“ Die Politik müsse außerdem das Schutzniveau der öffentlichen Verwaltungen mindestens auf das Niveau der Wirtschaft bringen und zugleich die Sicherheitsbehörden mit Know-how, personeller und technischer Ausstattung handlungsfähig machen sowie Zuständigkeiten stärker konzentrieren, fordert Wintergerst. „Dazu gehört auch, das BSI als Zentralstelle für Cybersicherheit auszubauen, das mit den weltweit führenden Sicherheitsbehörden auf Augenhöhe agieren kann. Ziel sollte sein, dass Wirtschaft, aber auch Bund, Länder und Kommunen mit dem BSI einen einheitlichen Ansprechpartner mit allen nötigen Kompetenzen und Befugnissen haben.“

(ve)

Stichwörter: IT-Sicherheit, BSI